



Herrn Ministerpräsident
Torsten Albig
Düsternbrooker Weg 104
24105 Kiel



Oder per Fax an die
0431 / 988 - 1960

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Wohnort

Protest gegen die Erhöhung der Grunderwerbsteuer

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Albig,

entgegen Ihrer erklärten Dialog- und Transparenzbereitschaft hat die Landesregierung in einer Nacht- und Nebelaktion beschlossen, die Grunderwerbsteuer ab 2014 auf 6,5 % anzuheben. Die jetzt beabsichtigte Erhöhung um satte 30 % ist ebenso wenig vermittelbar wie die Anhebung der Steuer um über 86 % in weniger als 2 Jahren.

Ich fordere daher die Landesregierung auf, von dieser Erhöhung Abstand zu nehmen.

Folgende Gründe sprechen gegen die vorgesehene Grunderwerbsteuererhöhung.

1. Das Steueraufkommen des Landes befindet sich auf Rekordniveau. Weitere Steuererhöhungen verbieten sich. Es ist an der Zeit, nicht mehr Geld auszugeben als eingenommen wird.
2. Jungen Familien wird die Realisierung des Traums von den eigenen vier Wänden unzumutbar erschwert. Auch für Wohnungsunternehmen, die bei der Initiative der Landesregierung „Offensive für bezahlbares Wohnen“ investieren sollen, bedeutet die Verteuerung des Grunderwerbs eine nicht vermittelbare zusätzliche Kostenbelastung. Die Immobilie als Altersvorsorge zur Verhinderung von Altersarmut, Bauen und Wohnen werden unnötig verteuert. Beim Kauf einer Immobilie im Wert von 300.000,00 € sind in Schleswig-Holstein künftig 19.500,00 € anstatt bisher 15.000,00 € (zum Vergleich: Im Jahr 2011 waren es nur 10.500,00 €) fällig.
3. Mit der Steuererhöhung wird Schleswig-Holstein ein deutlicher Standortnachteil verschafft. Beim Kauf einer Immobilie im Wert von 300.000,00 € soll der hiesiger Käufer künftig 19.500,00 €, in Hamburg allerdings 13.500,00 € und in Bayern 10.500,00 € Grunderwerbsteuer zahlen.
4. Die Steuererhöhung verhindert Investitionen, die beispielsweise in energetische und barrierearme Modernisierungsmaßnahmen beim Erwerb von Bestandsimmobilien fließen könnten. Dem lokalen Handwerk entgehen dadurch Aufträge.
5. Grundeigentümer sind, obwohl sie der Sozialpflichtigkeit des Grundeigentums stets nachgekommen sind, mehr durch Steuern wie die Erbschaftssteuer, Grundsteuer, Zweitwohnungssteuer, Einkommensteuer, Grunderwerbsteuer und kommunale Abgaben belastet als andere Bevölkerungsschichten. Die jetzige Erhöhung zeugt von fehlendem Respekt vor dem Grundeigentum. Das Maß ist voll! Der volkswirtschaftliche Schaden ist immens.

Ich erwarte, dass Sie die Erhöhung der Grunderwerbsteuer zurücknehmen.

Mit freundlichem Grüßen

Unterschrift

Datum